



Geldpolitik vor Gericht

Europäische Zentralbank. Die Notenbank der Eurozone steht wegen ihrer Staatsanleihekäufe vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Kläger werfen ihr vor, ihr Mandat überschritten zu haben – zu Unrecht.

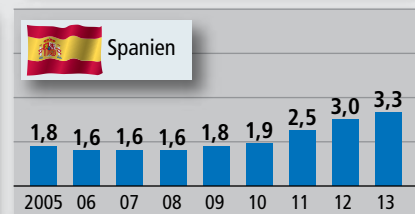
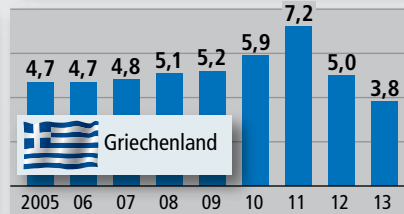
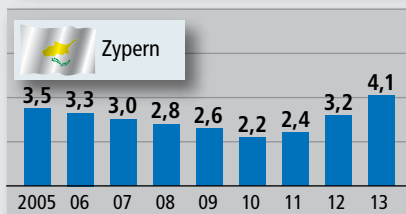
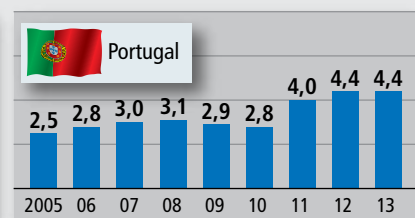
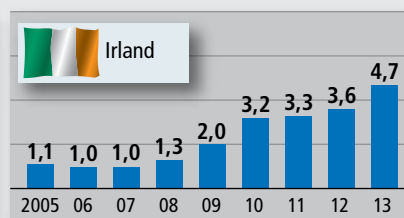
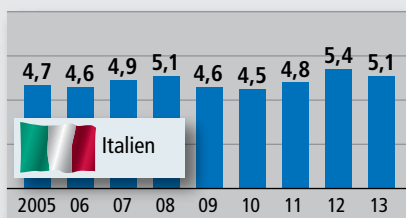
Es ist ungefähr ein Jahr her, als die Eurokrise wieder eskalierte. Die Wirtschaft in den Krisenstaaten lag ohnehin darnieder und der Reformprozess geriet mancherorts ins Stocken. Die Märkte waren einmal mehr misstrauisch, ob die Eurozone hält (Grafik Seite 2):

Im Juni 2012 wurde die Wahrscheinlichkeit, dass ein Euroland die Währungsunion verlässt, bei 40 Prozent gesehen – so lautete zumindest die Quote beim Wettanbieter Intrade.

In der Folge waren die Zinsen in den Krisenstaaten auf Höhenflug und die expansive Geldpolitik der

Europäischen Zentralbank (EZB) kam in den betreffenden Ländern nicht mehr an. Ein Grund dafür: Die Kurse der Staatsanleihen waren – analog zu den gestiegenen Zinsen – abgestürzt. Also waren die Staatsanleihen weniger wert – und da diese bei der EZB als Sicherheit dienen, bekamen die Geschäftsbanken weniger Kredite von der Notenbank. So konnten die Banken auch die Privatwirtschaft weniger mit →

Teure Staatsschulden Zinszahlungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



2013: Prognose; Quelle: Europäische Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 30

Inhalt

Demografie. Deutschland braucht in den kommenden Jahrzehnten viel mehr Zuwanderer als heute, um den prognostizierten Bevölkerungsrückgang auszugleichen.
Seite 3

Mittelschicht. Die gesellschaftliche Mitte ist vielfältig, umfasst ein breites Einkommensspektrum und verfügt über einen großen Teil der Nettovermögen in Deutschland.
Seite 4-5

Euro. Die Gemeinschaftswährung wird für massive Preissteigerungen und die Schuldenkrise einiger Staaten verantwortlich gemacht – tatsächlich aber ist der Euro sehr stabil.
Seite 6-7

Duales Studium. Immer mehr junge Menschen, aber auch die Unternehmen wissen die Verbindung von Theorie und Praxis im dualen Studium zu schätzen.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ günstigen Krediten versorgen – und die expansiven Impulse der Notenbank verpufften zum Teil.

Um zu verhindern, dass sich die Krise weiter verschärft, kündigte EZB-Präsident Mario Draghi Ende Juli 2012 an, die Notenbank werde alles im Rahmen ihres Mandats Mögliche tun, um den Euro zu retten. Im September rief der EZB-Rat daraufhin das Programm der Outright Monetary Transactions (OMT) ins Leben. Dabei kauft die EZB Staatsanleihen, damit ihre Geldpolitik in den Krisenländern wieder wirken kann.

Kritiker in Deutschland sehen in den OMT aber eine Staatsfinanzierung durch die Hintertür und sind deshalb vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Die Richter müssen nun entscheiden, inwieweit das

OMT-Programm mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Argumente der Kläger sind jedoch nicht durchdacht – aus zwei Gründen.

1. Keine kostenlose Versicherung. Die Kritiker behaupten, das Programm sei eine kostenlose Versicherung für Anleger. Doch eine solche würde die Notenbank nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie die Staatsanleihen mindestens zu dem Preis erwirbt, den die Anleger gezahlt haben. Sie kauft die Anleihen aber nur in einer Krisenphase – und zwar zu deutlich gesunkenen Kursen.

Zudem nimmt die EZB den Anlegern nicht das volle Kursrisiko ab. Denn die Notenbank kauft nur Anleihen mit einer Restlaufzeit von ein bis drei Jahren. Wer eine zehnjährige Anleihe hält, hat also sieben Jahre das Risiko selbst getragen.

2. Reformdruck bleibt bestehen. Weil das OMT-Programm die Zinsen senkt, nehme es den Krisenländern den nötigen Reformdruck, so ein weiterer Vorwurf. Doch an den OMT dürfen nur Länder mit einem Reformprogramm teilnehmen. Hinzu kommt, dass die OMT zwar die Zinsen auf die Staatsanleihen verringern. Doch weil die Staatsschulden insgesamt gestiegen sind, hat die Zinsbelastung meist deutlich zugenommen (Grafik Seite 1):

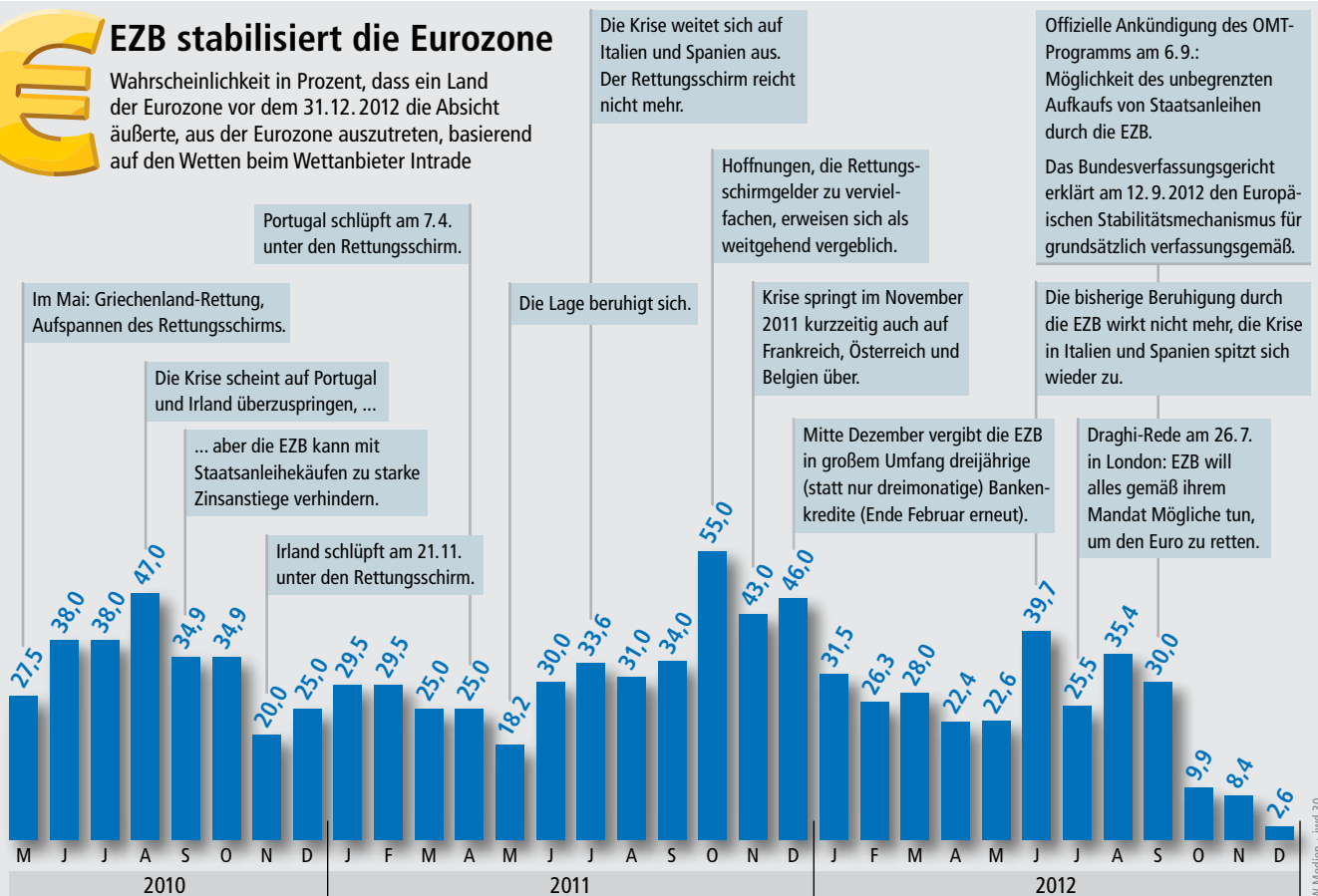
Die Zinsquote – also die Zinsausgaben als Anteil an der Wirtschaftsleistung – ist in den meisten Krisenstaaten stark gestiegen.

Und Staaten, die unter Zinslasten leiden, treiben eher die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voran – weil sie sonst ihren Handlungsspielraum dauerhaft verlieren.



EZB stabilisiert die Eurozone

Wahrscheinlichkeit in Prozent, dass ein Land der Eurozone vor dem 31.12.2012 die Absicht äußerte, aus der Eurozone auszutreten, basierend auf den Wetten beim Wettanbieter Intrade



Angaben jeweils am Monatsersten; Quelle: Intrade

Mehr Franzosen und Briten als Deutsche

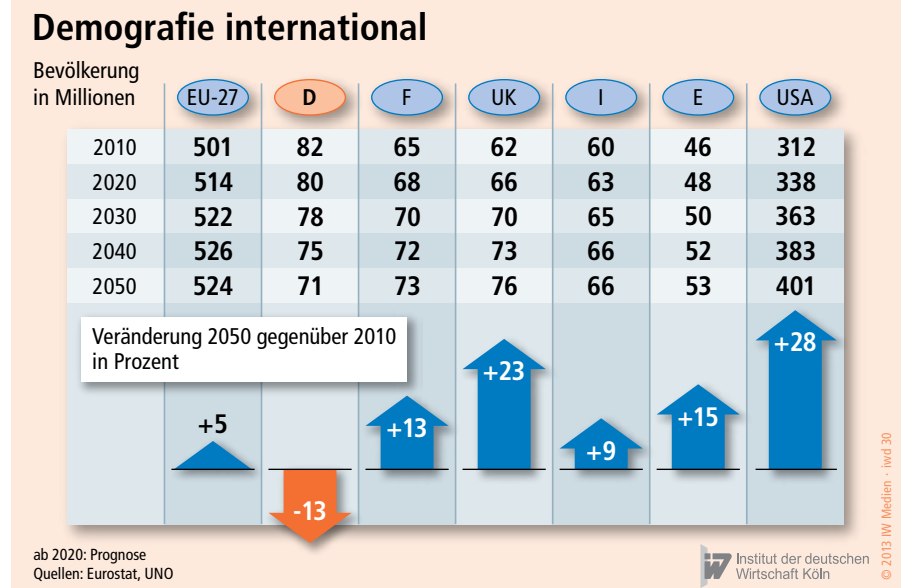
Demografie. Ein Vergleich der Wachstumschancen der EU mit jenen der USA zeigt, dass die demografische Entwicklung den Amerikanern in die Hände spielt. Vor allem Deutschland braucht in den kommenden Jahrzehnten wesentlich mehr Zuwanderer als heute, um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen.

Die USA werden in den kommenden 40 Jahren wohl deutlich stärker wachsen als Deutschland. Denn die demografische Entwicklung verläuft in den Vereinigten Staaten merklich günstiger als die in Europa. Die Bevölkerung der Europäischen Union wird bis zum Jahr 2050 lediglich um knapp 5 Prozent auf 524 Millionen zunehmen, so prognostiziert Eurostat (Grafik). Für die USA rechnet die UNO dagegen mit einem Anstieg von annähernd 30 Prozent auf 401 Millionen Menschen.

Mehr Einwohner, aber auch deren Mobilität und Flexibilität verschaffen den Vereinigten Staaten Vorteile. So ist es laut Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration für 27 Prozent der US-Amerikaner normal, in einen anderen Bundesstaat umzuziehen. Dabei müssen sie allerdings auch nicht mit einer anderen Sprache, Kultur und Lebensweise zurechtkommen, wie es beispielsweise bei einem Franzosen der Fall ist, der nach Italien auswandert.

In der EU leben lediglich 3 Prozent der Einwohner nicht in ihrem Geburtsland.

Deutschland gilt in Europa noch als ökonomische Lokomotive und Vorbild: Während die durchschnitt-



liche Arbeitslosenquote in der Europäischen Union zwischen 2008 und 2012 von 7,1 Prozent auf 10,5 Prozent stieg, konnte die Bundesrepublik ihre Arbeitslosenquote als einziges EU-Land senken – von 7,5 auf 5,5 Prozent. In Spanien hat sich die Zahl der Arbeitslosen in den vergangenen Jahren fast verdoppelt und auch in den anderen größeren europäischen Ländern wie Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich ist sie stark gestiegen.

Langfristig wird Deutschlands Wachstum jedoch durch den demografischen Wandel gedämpft. Die Bevölkerungszahl sinkt bis 2050 um 13 Prozent, in Frankreich dagegen wächst sie um 13 Prozent und im Vereinigten Königreich soll sie laut Eurostat sogar um 23 Prozent zulegen. In beiden Ländern werden vor allem mehr Kinder geboren als in Deutschland.

Bis zum Jahr 2050 werden Großbritannien und Frankreich wohl die Bundesrepublik als bevölkerungsreichstes Land in der EU ablösen.


Dem gilt es entgegenzuwirken – durch mehr Zuwanderung etwa aus anderen europäischen Ländern und aus Asien. Besonders Ingenieure und Ärzte sind in den vergangenen Jahren bereits als qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland gekommen und helfen, unbesetzte Stellen zu füllen. Eurostat geht davon aus, dass in den kommenden Jahrzehnten jährlich netto rund 100.000 Menschen in die Bundesrepublik einwandern. Wären es doppelt so viele, würde Deutschland weiterhin bevölkerungsreichstes Land in der EU bleiben.

Ausgeschlossen ist das nicht – zumindest zurzeit ist Deutschland als Zuwanderungsland äußerst beliebt:

Im vergangenen Jahr lag die Nettozuwanderung bei fast 369.000 Menschen, davon kamen mehr als 270.000 aus der EU – das ist neuer Rekord.

Die meisten Menschen kamen aus Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien – also aus Staaten, deren Bevölkerung innerhalb der kommenden vierzig Jahre ebenfalls deutlich schrumpfen wird.

Buntes Bild

Mittelschicht. Der alleinverdienende Facharbeiter mit zwei Kindern gehört ebenso dazu wie das Lehrer-Ehepaar – die Mittelschicht in Deutschland ist vielfältig. Sie umfasst ein breites Einkommensspektrum und verfügt über einen großen Teil der Nettovermögen. Zusätzliche Steuern oder Abgaben, mit denen Politiker angeblich nur den „Reichen“ ans Portemonnaie wollen, würden deshalb auch die Mitte treffen. 

In den politischen Debatten hat die sogenannte Mitte seit einiger Zeit Hochkonjunktur – schon deshalb, weil sich ohne die Kreuzchen der Bürger aus der Mittelschicht keine Bundestagswahl gewinnen lässt. Oft bleibt allerdings unklar, wer genau denn zu dieser Schicht gehört. Mal dienen teils willkürlich gewählte Einkommensbänder, mal qualitative Kriterien wie Bildung und Erwerbstätigkeit als Abgrenzungskriterien.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln geht in einer neuen Studie zunächst vom soziokulturellen Ansatz aus. Demnach zählt zur Mittelschicht, wer mindestens die mittlere Reife sowie eine abgeschlossene Lehre vorweisen kann und in seinem Job über einige Handlungsspielräume verfügt.

Wer schon in Rente ist, gehört dann zur Mitte, wenn er oder sie diese Spielräume früher hatte. Folglich bleiben all jene außen vor, die Tätigkeiten am Fließband oder einfache Routinearbeiten im Dienstleistungsbereich ausüben.

Nicht zur Mitte zugeordnet werden auch Wissenschaftler, freiberufliche Ärzte, Angestellte und Beamte mit weitreichenden Führungsaufgaben – aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung zählen sie zur soziokulturellen Oberschicht.

Damit ergibt sich für die Mittelschicht immer noch ein breites Spektrum, das vom Facharbeiter über qualifizierte Angestellte bis hin zum Gymnasiallehrer reicht und knapp die Hälfte der Bevölkerung abdeckt.

In einem zweiten Schritt hat das IW Köln die Einkommen dieser Gruppe unter die Lupe genommen. Besonders stark ist die Mitte in einem Band vertreten, das von 80 bis 150 Prozent des mittleren Einkommens reicht – also des Einkommens, das die Bevölkerung in eine Hälfte mit höheren Einkommen und eine mit niedrigeren Einkommen teilt. Bei einem Alleinstehenden entspricht diese Einkommensmitte im engeren Sinn einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1.310 und 2.457 Euro.

Weil die soziokulturelle Mitte aber sehr unterschiedliche Berufe vereint, bildet sie sogar in dem wesentlich breiteren Band von 60 bis 250 Prozent des mittleren Einkommens die stärkste Gruppe. Ein Single zählt demnach zur erweiterten Mittelschicht, wenn er zwischen 983 und 4.095 Euro netto verdient.

Insgesamt gehören 82 Prozent der Bevölkerung zur weit abgegrenzten Einkommensmitte und 50 Prozent zur Einkommensmitte im engeren Sinn.

Damit ist klar, dass es „den“ Mittelschichtsbürger nicht geben kann.

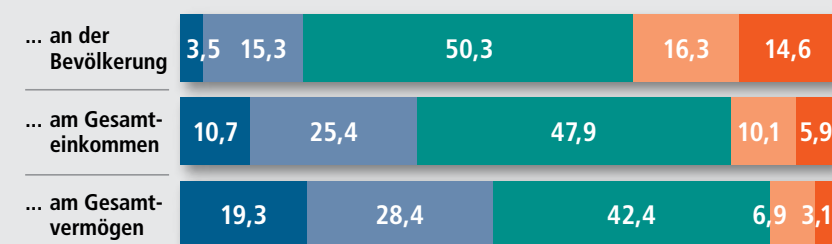
Gleichwohl ist am Werbeklischee einer Familie mit zwei Kindern, Reihenhäuser am Stadtrand und Kombi in der Garage etwas dran. Zumindest bestätigt ein näherer Blick, dass die Mitte eine Hochburg der Familien ist (Grafik Seite 5):

Sowohl nach soziokulturellen als auch nach Einkommensmaßstäben lebt jeder zweite Bundesbürger aus der Mittelschicht in einem Paarhaushalt mit mindestens einem Kind – in der Gesamtbevölkerung liegt dieser Familienanteil nur bei 40 Prozent.

Vermögende Mitte

- **Einkommensreiche Schicht** – mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens
- **Einkommensstarke Mitte** – 150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens
- **Mitte im engeren Sinn** – 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens
- **Einkommensschwache Mitte** – 60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens
- **Einkommensarme Schicht** – weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens

Anteil der Personen in diesen Einkommensschichten im Jahr 2010 ...



Einkommensschicht: Zuordnung nach dem bedarfsgewichteten Nettoeinkommen pro Kopf; Medianeinkommen: der Einkommenswert, der die Bevölkerung in eine Hälfte mit höheren Einkommen und eine Hälfte mit niedrigeren Einkommen teilt; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Sozio-oekonomisches Panel

Ansonsten ist die Zusammensetzung der Mittelschicht je nach Abgrenzungskriterium allerdings recht unterschiedlich. So sind Alleinerziehende nach soziokulturellen Kriterien etwa in der Größenordnung in der Mittelschicht vertreten, die auch ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. In der Einkommensmitte ist ihr Anteil deutlich geringer, weil Single-Mütter oder -Väter die Kinderbetreuung oft nur mit einem Teilzeitjob vereinbaren können und entsprechend wenig verdienen.

Paare ohne Kinder sind dagegen in der mittleren Einkommensschicht – und erst recht in der oberen Einkommensklasse – besonders stark vertreten. Das liegt vor allem daran, dass die Einstufung nach dem sogenannten bedarfsgewichteten Einkommen erfolgt. Dieses Konzept berücksichtigt, dass zum Beispiel ein Doppelverdienerpaar im Vergleich zu zwei Singles mit gleichem Einkommen unter anderem dadurch Geld spart, dass es Güter wie Kühlschrank, Waschmaschine oder Auto teilen kann, und bei Urlaubsreisen ein Doppelzimmer im Hotel weniger kostet als zwei Einzelzimmer.

Um ein vollständiges Bild von der finanziellen Situation der Mittelschicht zu erhalten, reicht der Blick auf die Einkommen nicht aus – auch das Vermögen ist relevant. Hier zeigt sich erneut, dass das Bild vom

Mittelschicht: Eine Hochburg der Familien

Lesebeispiel: Die Bevölkerung in Haushalten, in denen Paare mit zwei Kindern leben, machte in Deutschland zuletzt 21,7 Prozent der nach soziokulturellen Kriterien abgegrenzten Mittelschicht und 21,4 Prozent der Bevölkerung in Haushalten mit einem mittleren Einkommen (80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens) aus. Damit waren diese Familien in der Mittelschicht stärker vertreten als in der Bevölkerung insgesamt, wo sie einen Anteil von 17,6 Prozent hatten.

Stand: 2010	Alleinstehende	Paare ohne Kinder	Alleinerziehende	Paare mit einem Kind	Paare mit zwei Kindern	Paare mit drei oder mehr Kindern
Soziokulturelle Schicht						
Oberschicht	11,2	22,8	5,4	19,0	28,2	12,7
Mittelschicht	15,4	26,2	7,4	19,0	21,7	8,5
Unterschicht	29,2	21,8	13,0	12,3	14,2	7,7
Nicht spezifiziert	24,2	41,8	5,2	11,3	10,9	5,3
Einkommensschicht						
Mehr als 150 Prozent des Medianeinkommens	15,2	44,6	1,5	17,1	15,8	3,9
80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens	18,0	29,5	3,9	17,8	21,4	7,8
Weniger als 80 Prozent des Medianeinkommens	26,6	21,2	17,0	11,1	12,9	9,9
Bevölkerung insgesamt	20,2	29,7	7,6	15,5	17,6	7,7

Rest zu 100 Prozent: sonstige Haushalte (beispielsweise Mehrgenerationenhaushalte); Einkommensschicht: Zuordnung nach dem bedarfsgewichteten Nettoeinkommen pro Kopf; nicht spezifiziert: Personen ohne Zuordnung in eine soziokulturelle Schicht; Medianeinkommen: der Einkommenswert, der die Bevölkerung in eine Hälfte mit höheren Einkommen und eine Hälfte mit niedrigeren Einkommen teilt; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 30



IW-Analysen Nr. 89

Judith Niehues, Thilo Schaefer,
Christoph Schröder:

Arm und Reich in Deutschland: Wo bleibt die Mitte? Entstanden im Rahmen des von der Carl-Deilmann-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Wer ist die gesellschaftliche Mitte?“, Köln 2013, 64 Seiten, 18,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

trauten Eigenheim mehr als ein Klichschee ist: Jeder Erwachsene aus der Mittelschicht im engeren Sinn verfügt im Schnitt über ein Bruttovermögen von rund 100.000 Euro, von denen fast 60.000 Euro im selbst genutzten Wohneigentum stecken (vgl. iwD 26/2013). Zieht man Schulden wie Hypotheken und Konsumentenkredite ab, besitzt ein Mittelschicht-Paar im Schnitt ein Nettovermögen von gut 160.000 Euro. Damit liegt der Anteil der Mittel-

schicht am Gesamtvermögen nur wenig unter ihrem Anteil an der Bevölkerung (Grafik Seite 4):

Insgesamt vereint die Mittelschicht im engeren Sinn 42 Prozent des Nettovermögens auf sich, die erweiterte Mittelschicht sogar 78 Prozent.

Damit würden aber die Pläne einiger Parteien, Vermögen zu belasten, keineswegs nur eine kleine reiche Gruppe treffen, sondern gerade auch die Eigenheimbesitzer aus der Mittelschicht.

Stabiler als gedacht

Euro. Die europäische Gemeinschaftswährung hat ein Imageproblem. Immer wieder wird der Euro für massive Preissteigerungen und die Schuldenkrisen einiger Mitgliedsstaaten verantwortlich gemacht. Tatsächlich aber ist der Euro nach außen wie nach innen sehr stabil.

Es ist nicht zu leugnen: Das Ansehen des Euro war schon mal besser. Mit der Gemeinschaftswährung, die derzeit in 17 europäischen Staaten offizielles Zahlungsmittel ist und von elf Ländern bereits 1999 eingeführt wurde, können sich viele immer noch nicht so recht anfreunden. Die Euro-Skeptiker machen die gemeinsame Währung für unverhältnismäßige Preissteigerungen, die Schuldenkrise und weitere wirtschaftliche Misereen verantwortlich.

Dass beispielsweise Brot in den vergangenen Jahren teurer geworden ist oder dass in den südeuropäischen Ländern aktuell Millionen junger Leute keine Arbeit finden, lässt sich aber schlechterdings nicht auf die

gemeinsame Währung zurückführen. Zwar halten sich solche populären Irrtümer rund um den Euro vor allem in Krisenzeiten hartnäckig, eine genauere Prüfung zeigt allerdings, dass die Gemeinschaftswährung tatsächlich ziemlich stabil und solide ist. Das gilt sowohl im Außen- wie im Innenverhältnis:

- **Die Inflation** in Deutschland war seit der Euro-Einführung 1999 ausgesprochen moderat (Grafik):

Seit Beginn der Währungsunion haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland gerade einmal um durchschnittlich 1,6 Prozent pro Jahr erhöht. Demgegenüber betrug die Inflationsrate in den 1980er und 1990er Jahren, als noch mit D-Mark bezahlt

wurde, im jährlichen Durchschnitt jeweils 2,6 Prozent.

Obwohl die Verbraucherpreise also seit der Euro-Einführung langsamer gestiegen sind als zu Zeiten der vermeintlich härteren D-Mark, hadert so mancher mit dem „Teuro“. Ursache dafür ist das Phänomen der wahrgenommenen oder auch „gefühlten“ Inflation. Sie berücksichtigt das subjektive Empfinden der Konsumenten, indem sie die Kaufhäufigkeit von Waren mit ins Kalkül einbezieht.

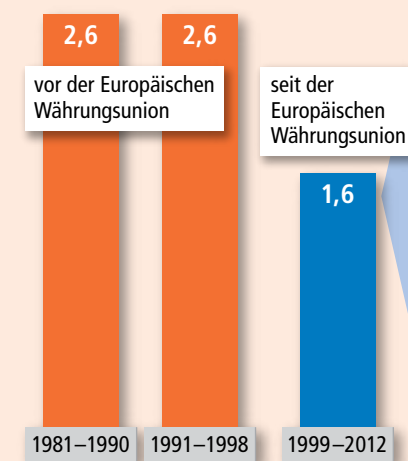
Weil zum Beispiel Lebensmittel tagtäglich, Autos aber nur alle paar Jahre gekauft werden, nehmen die Verbraucher die Preisschwankungen bei Brot, Eiern und Gemüse viel stärker wahr als die beim Kauf eines Pkws. Auch regelmäßige größere Abbuchungen wie solche für Wohnungsmieten spüren sie vergleichsweise wenig. Kein Wunder also, dass die gefühlte Inflation meist höher ausfällt als die amtliche Inflationsrate.

Tatsächlich sind Mieten und viele langlebige Güter, die nur relativ selten neu angeschafft werden, seit der Euro-Einführung 1999 kaum teurer geworden: Die Preise für Möbel beispielsweise sind seitdem nur um jahresdurchschnittlich 0,9 Prozent gestiegen, Kraftfahrzeuge verteuerten sich um 0,8 Prozent und Bekleidung lediglich um 0,3 Prozent. Für Computer mussten die Verbraucher in Deutschland im Jahr 2012 sogar nahezu 13 Prozent weniger zahlen als zu D-Mark-Zeiten.

- **Der Außenwert** des Euro hat sich gegenüber dem Dollar seit 1999 gut behauptet und liegt bereits seit Jah-

Der Euro ist kein Teuro

Jahresdurchschnittliche Veränderung der Verbraucherpreise in Deutschland in Prozent



Jahresdurchschnittliche Veränderung der Preise ausgewählter Waren zwischen 1999 und 2012 in Prozent

Warenkorb insgesamt	Veränderung (%)
darunter:	
Flüssige Brennstoffe	10,3
Gas	5,1
Tabak	4,9
Elektrizität	4,1
Fisch und Seelebensmittel	3,1
Obst	1,8
Wohnungsmieten	1,1
Möbel und andere Einrichtungsgegenstände	0,9
Neue und gebrauchte Kraftfahrzeuge	0,8
Bekleidung	0,3
Heiz- und Kochgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen und ähnliche Haushalts-Großgeräte einschließlich Installation und Reparatur	-0,7
Empfangs-, Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräte für Ton und Bild	-5,7
Datenverarbeitungsgeräte	-12,6

Ursprungsdaten: Eurostat

bis 1990: Westdeutschland
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 30

ren bei rund 1,30 Dollar, also deutlich über dem Einstandskurs von 1,18 Dollar (Grafik).

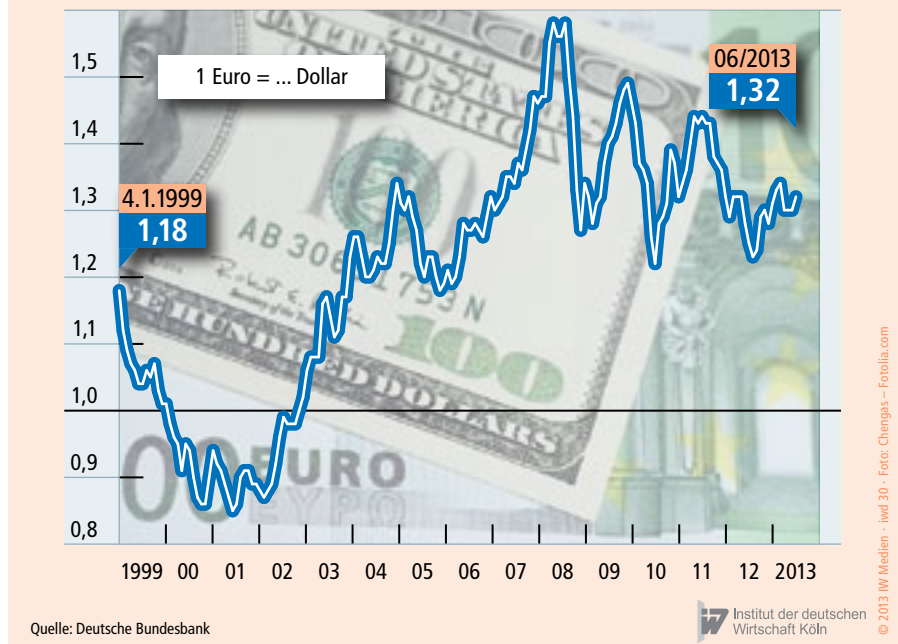
Danach sah es allerdings in den ersten Jahren der neuen Währung nicht aus: Zwischen dem 4. Januar 1999, dem Euro-Einstand, und dem Herbst 2001 wertete der Euro zunächst stark ab. Ihren Tiefpunkt erreichte die Gemeinschaftswährung am 26. Oktober 2000 mit einem durchschnittlichen Tageskurs von 0,8252 Dollar. Die anfängliche Talfahrt des Euro lässt sich allerdings nicht nur auf das weltweite Misstrauen gegenüber der neuen Währung zurückführen, sie hatte auch ganz handfeste ökonomische Gründe: Ende der 1990er Jahre boomte die New Economy – und zwar hauptsächlich in den USA, die damals so viel Kapital anzogen, dass der Dollar beharrlich aufwertete.

Erst Anfang des Jahres 2002 drehte sich das Wechselkursverhältnis – nicht zuletzt dank des vertrauensbildenden Agierens der Europäischen Zentralbank:

Zwischen Ende 2001 und Ende 2004 wertete der Euro gegenüber dem Dollar um mehr als 50 Prozent auf.

Dies setzte allerdings die Exporteure, die Kunden im Dollarraum belieferten, unter Druck – schließlich wurden die deutschen Ausfuhren dort plötzlich immer teurer. Anders stellte sich die Situation in der Eurozone dar: Aufgrund der Gemeinschaftswährung konnte hier nun keine Einzelwährung mehr auf- oder abwerten. Weil Deutschland besonders viel Handel mit Euro-Nachbarn betreibt, hatte dies folgenden positiven Effekt: Zwischen Ende 2001 und Ende 2004 wertete der Euro aus deutscher Sicht gegenüber 41 wichtigen Handelspartnern – also solchen innerhalb und außerhalb des

Euro-Wechselkurs: Langfristig stabil



Euroraums – insgesamt nur um rund 13 Prozent auf.

Zwar verlangsamte dies das Wachstum der deutschen Exporte, doch zu einem deutlichen Einbruch der Ausfuhren kam es glücklicherweise nicht, denn das hätte die damals herrschende Stagnation sicherlich noch verschärft.

Zwischen 2005 und Mitte 2008 schwankte der Euro-Dollar-Wechselkurs munter – am 15. November 2005 fiel er kurzzeitig auf 1,1667 Dollar und damit knapp unter seinen Einstandskurs. Die bald darauf einsetzende Erholung führte den Euro bis Mitte 2008 auf sein bisheriges Rekordhoch: Am 15. Juli 2008 notierte er bei 1,5990 Dollar.

Die globale Finanzkrise und die Euro-Schuldenkrise führten erneut zu erheblichen Kursschwankungen. Vor allem die Diskussion um Griechenlands Staatsdefizit ließ den Euro bis zum Juni 2010 auf 1,22 Dollar absacken. Mit dem Aufspannen des Euro-Rettungsschirms kam es zu einer längeren Erholungsphase, bis im Sommer 2011 wiederum eine

längere Abwertungsperiode einsetzte. Auslöser dafür war das Überspringen der Schuldenkrise auf Italien und Spanien. Der Prozess kehrte sich erst wieder nachhaltig um, als die Europäische Zentralbank im Sommer 2012 das klare Signal gab, die Eurozone nicht auseinanderbrechen zu lassen (vgl. Seite 1-2).

Trotz aller Auf- und Abs stürzte der Euro während der gesamten Krisenphase niemals ab. Er blieb durchweg über seinem Einstandsniveau von 1,18 Dollar.

Dieses Vertrauen in die Gemeinschaftswährung lässt sich darauf zurückführen, dass es zwar umgangssprachlich eine „Euro-Krise“ gibt, tatsächlich aber nicht der Euro selbst in der Krise steckt, sondern einige Länder der Eurozone ein Schulden- und Wettbewerbsfähigkeitsproblem haben.

In der Bundesrepublik ist die Haltung zum Euro deshalb recht eindeutig: Laut einer Forsa-Umfrage vom April 2013 wollen 69 Prozent der Deutschen den Euro behalten – und nur 27 Prozent zurück zur D-Mark.

Doppelt hält besser

Duales Studium. Heute an der Uni gelernt, morgen im Unternehmen angewandt: Die Verbindung von Theorie und Praxis ist das größte Plus eines dualen Studiums. Immer mehr junge Menschen wissen das zu schätzen, aber auch die Unternehmen schwimmen ganz auf der „dualen Welle“.

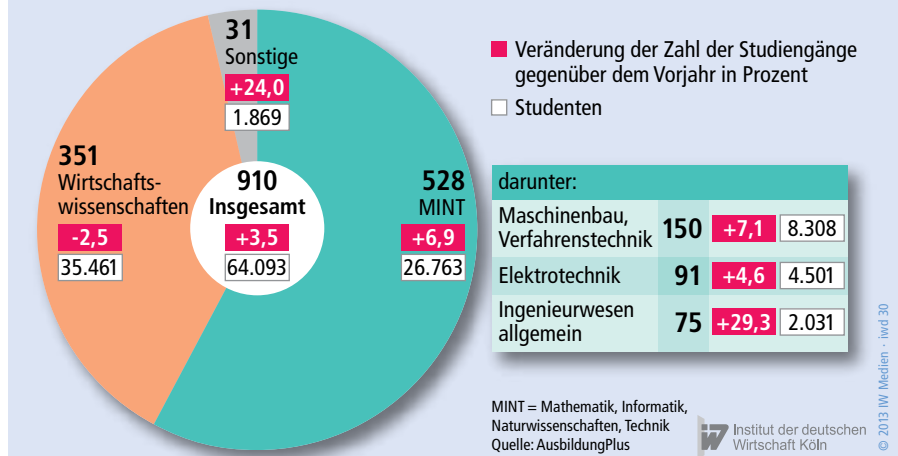
Christian Romstedt aus Erfurt macht gerade seinen Bachelor of Engineering/Technisches Management an der Berufsakademie Eisenach – und bei Schuler, einem Hersteller von Pressen. Theorie und Praxis in einem – das war für seine Entscheidung, dual zu studieren, ausschlaggebend. Der Bachelor of Engineering ist nur einer von vielen Studiengängen, aus denen Christian wählen konnte (Grafik):

Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland 910 duale Studiengänge als Erstausbildung – also für junge Menschen mit Hochschulreife, die noch keine Ausbildung haben.

Adressaufkleber

Theorie und Praxis – eine gefragte Kombination

So viele duale Studiengänge wurden 2012 angeboten



Knapp 44 Prozent dieser dualen Studiengänge sind ausbildungsintegrierende Angebote. Das heißt, neben dem Studium schließen die Nachwuchskräfte auch eine Berufsausbildung ab. Mittlerweile bieten mehr als 45.000 Unternehmen ein duales Studium an. Die Vorteile liegen auf der Hand:

- **Ausbildung eigener Fachkräfte.** Der Nachwuchs wird für das Unternehmen passgenau und praxisnah qualifiziert.
- **Einstellung leistungsstarker Schulabgänger.** Mehr Studienanfänger bedeuten auch, dass Hochschulen und Unternehmen stärker um diese jungen Leute konkurrieren. Die Firmen bieten mit Studium und praktischer Berufsausbildung ein attraktives Paket.
- **Bindung von Personal.** Wer studiert und im Betrieb arbeitet, identifiziert sich oft stärker mit dem Unternehmen.

Allein 2012 gab es 3,5 Prozent mehr duale Studienangebote als im Jahr zuvor, die Zahl der teilnehmenden Firmen stieg um 12,5 Prozent, die der Studenten um 7,5 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Studienfächern wider – vor allem für jene Berufe, in denen qualifizierte Fachkräfte fehlen. So nahm beispielsweise das Angebot an dualen MINT-Studiengängen – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik – innerhalb eines Jahres um fast 7 Prozent zu.

Unternehmen, die ein duales Studium anbieten, müssen meist zwar Kosten wie die Semestergebühren übernehmen. Da Hochschulen und Firmen aber zusammenarbeiten und theoretische Inhalte sowie Praxisphasen abstimmen, müssen die Absolventen dann nicht erst kostenintensiv eingearbeitet werden, sondern sind – wie Christian Romstedt bei Schuler – direkt einsatzfähig.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.